



Foto: adobe stock/JJ Gouin

Die Handelsbeziehungen zu den USA sind wichtig für Deutschland, der Agrarhandel spielt hingegen eine kleinere Rolle.

Risikomanagement wird bedeutender

Agrarhandel Der neue US-Präsident Donald Trump gilt als unberechenbar. Im Interview erklärt Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel, Agrarökonom der Uni Göttingen, was das für deutsche und niedersächsische Landwirte bedeuten könnte.

Herr von Cramon-Taubadel, vor zwei Wochen wurde Donald Trump zum nächsten Präsidenten der USA gewählt. Welche Auswirkungen wird Trumps Präsidentschaft auf die Agrar- und Ernährungsbranche in Deutschland und insbesondere in Niedersachsen haben?

Direkte Auswirkungen in dem Sinne, dass die Trump-Administration eigens gegen die Landwirtschaft in Deutschland oder Niedersachsen gerichtete Handelsmaßnahmen ergreift, erwarte ich nicht. Aber es ist durchaus mit indirekten Auswirkungen zu rechnen. Das globale Handelssystem ist ohnehin unter anderem als Folge der Pandemie und Russlands Krieg in der Ukraine stark geschwächt. Die von Donald Trump wiederholt angekündigten Zollerhöhungen werden den

Handel belasten, insbesondere wenn sie von anderen Nationen erwidert werden und Handelskriege eskalieren. Die Auswirkungen müssten nicht notwendigerweise aus Sicht der Landwirtschaft bei uns nur negativ sein – infolge eines Handelskriegs zwischen China und den USA zum Beispiel könnte China versuchen, stärker auf Agrarimporte aus der EU zu setzen. Aber für eine exportabhängige Wirtschaft wie Deutschland sind eine stabile Weltwirtschaft und ein zuverlässiges, regelbasiertes Handelssystem von essentieller Bedeutung. Die Wahlergebnisse in den USA verheißen diesbezüglich nichts Gutes. Die Gefahr ist, dass die Märkte vo-

latiler und unser Handel und unsere Wirtschaft insgesamt von ad-hoc-Entscheidungen in Washington, Beijing und anderswo abhängig werden.

Wie wichtig sind die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und den USA?

Die USA sind ein wichtiger Handelspartner für Deutschland. 2023 exportierte Deutschland Güter in Wert von 157 Mrd. Euro in den USA. Im Gegenzug importierten wir Güter in Wert von 94 Mrd. Euro. Folglich hat Deutschland einen Handelsbilanzüberschuss von über 60 Mrd. Euro mit den USA, und das macht unsere Wirtschaft anfällig für handelspolitische

Entscheidungen, die in Washington getroffen werden. Beim Agrarhandel sieht es anders aus; 2023 exportierte Deutschland Agrargüter in Wert von 2,3 Mrd. Euro in den USA, während die Agrarimporte aus den USA 3,3 Mrd. Euro betragen. Der Agrarhandel mit den USA spielt demnach für Deutschland eine vergleichsweise kleine Rolle, und wir sind im Agrarhandel mit den USA Nettoimporteur. Die EU insgesamt importierte 2023 Agrargüter in Wert von 11,7 Mrd. Euro aus den USA, exportierte aber Agrargüter in Wert von 27,2 Mrd. Euro. Die EU ist demnach Nettoexporteur von Agrarprodukten in die USA. Dabei spielen Exportprodukte wie Wein und alkoholische Getränke, überwiegend aus anderen EU-Mitgliedsländern und nicht aus Deutschland, die maßgebliche Rolle.

Was bedeutet die Präsidentschaft für den Agrar-Export und -Import Deutschlands



Foto: v. Cramon-Taubadel

Prof. Dr. Stephan von Cramon-Taubadel

und im Speziellen für Niedersachsen?

Ich vermute, dass bei Handelskonflikten zwischen Deutschland beziehungsweise der EU und den USA vor allem Themen wie Boeing/Airbus sowie die Automobilindustrie im Vordergrund stehen werden, nicht primär der Agrarsektor. Aber Auswirkungen auf den Agrarhandel sind natürlich denkbar. In der Vergangenheit haben die USA hin und wieder Strafzölle auf Produkte wie Wein, alkoholische Getränke und Käse verhängt. Solche Zölle würden beispielsweise Frankreich direkt treffen, Deutschland und Niedersachsen weniger. Aber über den EU-Binnenmarkt würden negative Folgen auch bei uns ankommen, zum Beispiel bei Weinbauern in Deutschland.

Zu den wichtigsten Agrarexporten aus Deutschland in den USA gehören Süßwaren, Kakaoerzeugnisse und Kaffee, das heißt verarbeitete Produkte,

die zum Teil aus importierten Rohwaren hergestellt werden. Wenn die USA Zölle für diese Produkte erhöhen sollte, würde das Folgen für im Inland produzierte Inputs wie Zucker und Milch haben, aber vor allem auch für die Wertschöpfung der Hersteller dieser Produkte.

Aus den USA importieren Deutschland und die EU vor allem Ölfrüchte wie Soja. Allerdings, die US-Sojaexporte nach China sind fünf- bis sechsmal größer als die in die EU. Wenn China im Zuge eines Handelskriegs Maßnahmen ergreifen würde, um ihre Sojaimporte aus den USA zu reduzieren, müsste die USA nach alternativen Absatzmärkten

suchen – es könnte zumindest vorübergehend zu günstigeren Angeboten von Futtermitteln bei uns kommen. China wie-

derum müsste anderswo, zum Beispiel in Brasilien, nach alternativen Quellen suchen. Die langfristigen Folgen für Handelsströme, aber zum Beispiel auch für die Umwelt (Stichwort Regenwald in Brasilien) könnten weitreichend sein.

Was würde das für die

Agrarpolitik bedeuten?

Wenn bestimmte Branchen beziehungsweise Märkte im Agrarsektor aufgrund von Handelskonflikten kurzfristig in besondere Not geraten, dann könnte die Agrarpolitik

mit Sonderhilfen reagieren. Ansonsten sehe ich wenige Folgen für die wichtigsten Instrumente in der Ersten und in der Zweiten Säule der Gemeinsamen Agrarpolitik, vor allem für die verschiedenen Direktzahlungen. Handelspolitisch wird es sehr darauf ankommen, dass die EU zukünftig stärker zusammenhält und mit einer Stimme spricht. Der Machtpolitiker Trump versteht „divide et impera“ (teile und herrsche) sehr gut.

Wie könnten sich Niedersachsens Landwirte auf diese Herausforderungen einstellen?

Die wesentlichen agrar- und handelspolitischen Weichenstellungen werden in Brüssel vorgenommen. Niedersächsische Landwirte müssen sich vor allem auf mehr Volatilität und mehr Unsicherheit auf den Agrarmärkten einstellen. Dementsprechend wächst die Bedeutung eines durchdachten Risikomanagements.

Madeline Düwert

„Für eine exportabhängige Wirtschaft wie Deutschland sind eine stabile Weltwirtschaft und ein zuverlässiges, regelbasiertes Handelssystem von essentieller Bedeutung. Die Wahlergebnisse in den USA verheißen diesbezüglich nichts Gutes.“

EU-Emissionshandel für Verkehr: Landwirtschaft nicht einbeziehen

Berlin Landwirtschaftlicher Verkehr soll nicht in das europäische Emissionshandelssystem für Gebäude, Straßenverkehr und zusätzliche Sektoren (EU-ETS 2) einbezogen werden. Dafür spricht sich der Agrar Ausschuss des Bundesrates in seiner Empfehlung für eine Stellungnahme zur Angleichung des nationalen Brennstoffemissionshandels an das neue Brüsseler System aus. Begründet wird die Forderung damit, eine zusätzliche Belastung der Landwirtschaft zu vermeiden. Dem Ausschussvotum liegt ein Antrag des Landes Rheinland-Pfalz zugrunde.

Im Rahmen der anstehenden Gesetzesänderung eröffne sich eine Möglichkeit, die landwirtschaftlichen Ver-

kehre aus einem System zu entlassen, das den Dieserverbrauch bei kaum vorhandenen Alternativen künftig noch mehr verteuere, erläuterte die rheinland-pfälzische Landwirtschaftsministerin Daniela Schmitt. Bislang sehe die EU diese Verkehre im Emissionshandel nicht vor. „Wenn jetzt einmal mehr über EU-Vorgaben hinausgegangen werden soll, würde dies die deutsche Landwirtschaft im Wettbewerb benachteiligen“, warnte die FDP-Politikerin. Um das zu verhindern, biete sich mit dem vorliegenden Gesetzentwurf eine einmalige Gelegenheit.

Im Gegensatz zu anderen Verkehrsteilnehmern gebe es für die Landwirtschaft weder die Möglichkeit des Umstiegs auf ÖPNV, noch

nennenswerte „Sharing“-Optionen, die über die bereits etablierten Möglichkeiten wie Lohnunternehmen oder Maschinenringe hinausgingen, so Schmitt. Zudem seien die Möglichkeiten der Elektromobilität insbesondere bei schweren Feld- und Transportarbeiten begrenzt. Zukunftstechnologien wie E-Fuels oder Wasserstoffantriebe stünden derzeit noch nicht in nennenswertem und bezahlbarem Umfang zur Verfügung. Vermeidbare „Freizeitverkehre“ gebe es in der Landwirtschaft praktisch nicht.

„Im Gegensatz zu anderen Wirtschaftszweigen und aufgrund ihrer Systemrelevanz kann die deutsche Landwirtschaft ihre Produktion nicht verlagern, gleichzeitig sind

wirksame Grenzausgleichsmaßnahmen für importierte landwirtschaftliche Produkte nicht in Sicht“, führte die Ministerin weiter aus. Die deutsche Landwirtschaft könne daher zusätzliche Belastungen auf der Betriebsmittelseite kaum durch Preiserhöhungen der Produkte am Markt kompensieren.

Aus diesen Gründen werde die Landwirtschaft in Deutschland im Betrachtungszeitraum bis 2045 noch in erheblichem Umfang von Diesel abhängig sein, so Schmitts Prognose. Nennenswerte klimawirksame Emissionseinsparungen seien aufgrund der geschilderten Besonderheiten und des marginalen Anteils dieses Segments am Gesamtbrennstoffverbrauch nicht zu erwarten. **AgE/red**